

Der Beirat gemäß § 3 des Bundesgesetzes über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen, BGBl. I Nr. 181/1998 i.d.F. BGBl. I Nr. 117/2009, (Kunstrückgabegesetz), hat in seiner Sitzung vom 12. April 2019 einstimmig folgenden

BESCHLUSS

gefasst:

Dem Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien wird empfohlen, nachstehende Kunstgegenstände aus der Österreichischen Galerie

Ferdinand Georg Waldmüller
Bildnis der Frau Magdalena Werner
63,5 x 50,6 cm
Inv.Nr. 3660

und

Ferdinand Georg Waldmüller
Bildnis des Herrn Johann Werner
63,5 x 50,6 cm
Inv.Nr. 3661

an die Rechtsnachfolger_innen von Todes wegen nach Gertrude Felsövényi zu übereignen.

BEGRÜNDUNG

Dem Beirat liegen neben dem Dossier der Kommission für Provenienzforschung aus dem Jahr 2000 zwei Nachträge der Kommission, der Prozessakt des Rückstellungsverfahrens samt dem dieses abschließenden Erkenntnis sowie ein Schreiben einer Rechtsnachfolgerin nach Gertrude Felsövényi und ein Rechtsgutachten von Univ.-Prof. Dr. Franz-Stephan Meissel vor. Der Beirat stellt daher den gegenüber seinem Beschluss vom 23. Jänner 2001 ergänzten nachstehenden Sachverhalt fest:

Wie bereits der Beirat in seinem Beschluss vom 23. Jänner 2001 feststellte, wurde Gertrude Felösvanyi vom NS-Regime als Jüdin verfolgt und musste im April 1939 fliehen.

Laut einer Bestätigung vom 13. Mai 1939 wurden die beiden Portraits durch die Österreichische Galerie von einer Frau „Christine Mörke“ erworben; auf der Bestätigung ist die Inventarisierung der Portraits unter den Nummern 3661/988 und 3660/987 durch den

damaligen Leiter der Galerie Bruno Grimschitz handschriftlich vermerkt. Bereits in einer handschriftlichen Notiz von Bruno Grimschitz an Fritz Novotny vom Oktober 1945 hielt dieser fest, dass die *„beiden Gemälde von Waldmüller – Professor Moll sah sie noch in Perchtoldsdorf persönlich als Bildnisse Werner in einer Bürgerswohnung hängen – [...] dem Besitzer des Sanatoriums gehört haben [sollen]. Wie sie aus diesem Besitz zu dem auf der Quittung verzeichneten Namen gekommen sein mögen, habe ich nicht festgestellt.“*

Am 30. Oktober 1945 forderte Gertrude Felsövényi durch Rechtsanwalt Dr. Anton Leitner die beiden Portraits von der Österreichischen Galerie zurück, weil diese *„verschleppter jüdischer Besitz“* seien. Die Österreichische Galerie teilte am 23. November 1945 dem Staatsamt für Volksaufklärung, Erziehung und Unterricht mit, dass sich die Portraits, *„wie der Direktion der Galerie bekannt ist, im Besitz der Familie Felsövényi“* befanden. In einem Gedächtnisprotokoll vom 19. Jänner 1946 über eine Besprechung mit Bruno Grimschitz hielt Karl Garzarolli fest, dass es sich bei *„Christine Mörke“* tatsächlich um Anna Seitle, eine *„Generalbevollmächtigte“* von Gertrude Felsövényi, gehandelt habe, die *„die Bilder verkauft und das Geld für sich behalten“* habe.

In weiterer Folge wurde von Gertrude Felsövényi ein Antrag nach dem Dritten Rückstellungsgesetz gestellt. Bereits in einem Schriftsatz vom 25. Oktober 1947 führte sie durch ihren Rechtsanwalt Dr. Alfons Klingsland aus, dass sie Anna Seitle *„mit der Verwaltung meiner zurückgebliebenen Vermögensschaften, zu welcher auch diese beiden Bilder gehörten, bevollmächtigt und beauftragt“* habe. Anna Seitle habe ihr vorgetäuscht, behilflich zu sein, und ihr so die Vollmacht entlockt. Sie habe erklärt, *„diese Bilder durch die Firma Wolfrum, Kunstverlag [...] verkaufen zu lassen und zwar am 9. Mai 1939. Drei Tage später wurden diese Bilder von einer unbekanntem und polizeilich nicht gemeldeten Frau Christine Mörke an die [Österreichische] Galerie [...] verkauft.“*

Die Finanzprokuratur verwies demgegenüber auf § 4 Abs. 1 Drittes Rückstellungsgesetz, wonach ein gutgläubiger Erwerb vom befugten Gewerbsmann oder gegen Entgelt von jemandem erworben, dem sie der Eigentümer selbst anvertraut hat, einer Rückstellung entgegensteht.

Die Rückstellungskommission folgte dieser Argumentation und wies den Rückstellungsanspruch mit Erkenntnis vom 28. Mai 1952 ab. In dem Erkenntnis stellte die Rückstellungskommission u.a. fest, dass Gertrude Felsövényi unbestritten Eigentümerin der beiden Gemälde war und zum Kreis der verfolgten Personen zählte. Weiters:

Das Beweisverfahren ergab, dass die beiden gegenständlichen Bilder sich seit Jänner 1939 über Verfügung der Eigentümerin [Gertrude Felsövényi] bei der Galerie St. Lucas befanden und dass sie von dort durch die Generalbevollmächtigte der Eigentümerin [Anna Seitle] auf Grund der Vollmacht vom 21.4.1939, am 2.5.1939 abgeholt wurden. [...]

Anna Seitle brachte diese Bilder zur Firma Wolfrum, um sie dort zu verkaufen. Da der Leiter der Bilderabteilung, Komm.Rat Rudolf Wittig, damals krank war, übernahm der Leiter der Verlagsabteilung, Herbert Wolfrum, die beiden Bilder und schickte sie zu Komm.Rat Wittig zur Besichtigung. Dieser gab bekannt, dass die Bilder privat nicht verkäuflich seien, man solle sie Prof. Grimschitz zeigen. Tatsächlich hat Letzterer, damals Leiter der Österreichischen Galerie, diese Bilder einige Tage später für diese Sammlung erworben und eine Faktura darüber von der Firma Wolfrum erhalten. [...]

Die Faktura über diesen Ankauf ist nicht mehr erhalten. [...]

Durch die Aussagen [...] ist festgestellt, dass die beiden Bilder seitens der Firma Wolfrum um 5.400,- RM [...] verkauft wurden.

Wie sich aber aus dem Akt der Österreichischen Galerie ergibt, scheint in den Unterlagen als Verkäuferin eine Christine Mörke auf, welche am 13.5.1939 einen Kaufpreis von 7.400,- RM für die beiden Bilder bestätigt hat.

Die Diskrepanz hat Dr. Grimschitz immerhin verständlich und unter Zeugenpflicht aufgeklärt und zwar dahin, dass er die Faktura der Firma Wolfrum über 5.400,- RM an sich genommen und an deren Stelle eine fingierte Ankaufbestätigung über 5.400,- RM, unterfertigt mit dem willkürlich gewählten Namen Christine Mörke, zu den Akten gelegt habe. Diese Transaktion sei erfolgt, um den Differenzbetrag von 2.000,- RM einem von ihm geschaffenen schwarzen Fonds zuführen zu können, aus welchem er Unterstützung an von den ns. Stellen nicht geförderte Künstler bestritten habe.

Nach weiteren Feststellungen, insbesondere zum Kaufpreis und über mögliche Kenntnisse der handelnden Personen zu den Eigentumsverhältnissen an den Portraits kam die Rückstellungskommission zum Ergebnis, dass „der Nachweis erbracht ist, dass der Erwerber weder wusste, noch wissen musste, dass die [...] beiden Waldmüller-Bilder aus ehemals jüdischem Besitz stammen.“ Die Kommission sah daher die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Drittes Rückstellungsgesetz erfüllt, weshalb der Rückstellungsantrag abzuweisen war.

Der Beirat hat erwogen:

Gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 (bzw. 2a) Kunstrückgabegesetz können Objekte aus dem Eigentum des Bundes, die Gegenstand eines Rechtsgeschäftes oder einer Rechtshandlung gemäß § 1 Nichtigkeitsgesetz 1946 waren (bzw. diesen vergleichbar sind), an die ursprünglichen Eigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger von Todes wegen übereignet werden.

Gemäß § 1 Nichtigkeitsgesetz 1946 sind „*entgeltliche und unentgeltliche Rechtsgeschäfte und sonstige Rechtshandlungen während der deutschen Besetzung Österreichs null und nichtig, wenn sie im Zuge seiner durch das Deutsche Reich erfolgten politischen oder wirtschaftlichen Durchdringung vorgenommen worden sind, um natürlichen oder juristischen Personen Vermögensschaften oder Vermögensrechte zu entziehen, die ihnen am 13. März 1938 zugestanden sind.*“

Dem Beirat liegt nun der Akt des Rückstellungsverfahrens einschließlich des ausführlich begründeten Erkenntnisses vor. Wie oben dargestellt, erfolgte die Abweisung des

Rückstellungsantrages, weil die Rückstellungskommission den Tatbestand des § 4 Abs. 1 Drittes Rückstellungsgesetz erfüllt sah.

§ 4 Abs. 1 Drittes Rückstellungsgesetz lautet:

Wurden bewegliche Sachen in einer öffentlichen Versteigerung oder außer einer solchen im Zuge eines Exekutions- oder Konkursverfahrens oder von einem zu diesem Verkehre befugten Gewerbsmann oder gegen Entgelt von jemandem erworben, dem sie der Eigentümer selbst zum Gebrauche, zur Verwahrung oder in was immer für einer Absicht anvertraut hat, so gelten sie nur dann als im Sinne des § 1, Abs. (1), entzogen, wenn der Erwerber wußte oder wissen mußte, daß es sich um entzogenes Vermögen gehandelt hat.

§ 1 Abs. 1 Drittes Rückstellungsgesetz lautet:

Gegenstand dieses Bundesgesetzes ist Vermögen, das während der deutschen Besetzung Österreichs, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen, insbesondere auch durch Rechtsgeschäfte und sonstige Rechtshandlungen, dem Eigentümer (Berechtigten) - im folgenden Eigentümer genannt - im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogen worden ist.

Der Beirat stützt sich zwar zur Auslegung des Kunstrückgabegesetzes auch regelmäßig auf die Judikatur der Rückstellungskommissionen, insbesondere zum Dritten Rückstellungsgesetz, er hat jedoch nicht dieses Gesetz, sondern das Kunstrückgabegesetz anzuwenden.

Bereits in den Erläuterungen zum Kunstrückgabegesetz, BGBl. I 181/1998, wird festgehalten, dass durch das Gesetz die Grundlage geschaffen werden soll, bestimmte Gegenstände aus dem Eigentum des Bundes an ihre ursprünglichen Eigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger zurückzugeben. Zu diesen Gegenständen zählen nach den Erläuterungen u.a. auch jene, welche unter das Nichtigkeitsgesetz fallen, aber „in der Nachkriegszeit im guten Glauben [...] am Kunstmarkt bei befugten Händlern erworben“ wurden (RV, 1390 der Beilagen, StenProt NR, XX. GP).

Da somit aus den Erläuterungen hervorgeht, dass der Gesetzgeber nicht wollte, dass ein guter Glaube beim Erwerb in der Nachkriegszeit entgegensteht, sieht der Beirat umso weniger Grund, dass ein guter Glaube eines Erwerbers während der NS-Zeit im Grunde des Kunstrückgabegesetzes von Relevanz wäre. Der Beirat stellt daher fest, dass er sich an das Erkenntnis der Rückstellungskommission hinsichtlich der Abweisung des Rückstellungsantrages nicht gebunden sieht, weil das für diese Entscheidung wesentliche Tatbestandsmerkmal hier nicht zu beachten ist.

Der Beirat sieht aber auch auf Grund des Erkenntnisses als erwiesen an, dass die Gemälde im Eigentum von Gertrude Felsövényi gestanden waren, diese dem Kreis der verfolgten Personen angehörte und über die von ihr bevollmächtigte Anna Seitle an die Österreichische

Galerie verkauft wurden. Wie der Beirat regelmäßig unter Hinweis auf die Judikatur der Rückstellungskommissionen festhält, kann es dahingestellt bleiben, ob die Absicht zum Verkauf von Gertrude Felsövényi ausging und ob sie dafür einen angemessenen Preis erhalten hat. Es kann daher auch dahingestellt bleiben, ob Anna Seitle das Vollmachtsverhältnis in einer strafrechtlich relevanten Weise missbrauchte. Der Verkauf der beiden Portraits durch Gertrude Felsövényi über die bevollmächtigte Anna Seitle ist jedenfalls als nichtiges Rechtsgeschäft im Sinne des § 1 Nichtigkeitsgesetz 1946 zu werten.

Der Beirat kommt daher zum Ergebnis, dass der Tatbestand gemäß § 1 Abs. 1 Z 2 Kunstrückgabegesetz erfüllt ist.

Wien, am 12. April 2019

Univ.Prof. Dr. Dr.h.c. Clemens Jabloner
(Vorsitzender)

Mitglieder:

Ministerialrätin
Dr. Ilsebill BARTA

Rektorin
Mag. Eva BLIMLINGER

Univ.-Prof. Dr. Artur ROSENAUER

Hofrat d VwGH
Dr. Franz Philipp SUTTER

Ersatzmitglieder:

Hofrat
Mag. Dr. Christoph HATSCHEK

Generalanwalt i.R.
Dr. Peter ZETTER

The Advisory Council pursuant to § 3 of the Federal Act on the Restitution of Art Objects from the Austrian Federal Museums and Collections, Federal Law Gazette I No. 181/1998 as amended by Federal Law Gazette I No. 117/2009 (Art Restitution Act), unanimously approved the following at its meeting on 12 April 2019 following

DECISION

made:

It is recommended that the Federal Minister for the EU, Arts, Culture and the Media restitutes following Objects of art from the Austrian Gallery

Ferdinand Georg Waldmüller
Portrait of Magdalena Werner
63,5 x 50,6 cm
Inv.No. 3660

and

Ferdinand Georg Waldmüller
Portrait of Mr Johann Werner
63.5 x 50.6 cm
Inv.No. 3661

to the legal successors by death to Gertrude Felsövényi.

REASON

In addition to the dossier of the Commission for Provenance Research from the year 2000, the Council has at its disposal two supplements of the Commission, the case file of the restitution proceedings including the final decision as well as a letter of a legal successor according to Gertrude Felsövényi and a legal opinion of Prof. Dr. Franz-Stephan Meissel. The Advisory Council therefore ascertains the following facts as supplemented by its decision of 23 January 2001:

As already stated by the Advisory Council in its decision of 23 January 2001, Gertrude Felsövényi was persecuted as a Jew by the Nazi regime and had to flee in April 1939.

According to a confirmation dated 13 May 1939, the two portraits were acquired by the Austrian Gallery by a Mrs. "*Christine Mörke*"; on the confirmation is written the inventory of the portraits under the numbers 3661/988 and 3660/987 by the director of the gallery at that time, Bruno Grimschitz. Already in a handwritten note from Bruno Grimschitz to Fritz Novotny dated October 1945, Fritz Novotny noted that the "*two paintings by Waldmüller - Professor Moll still saw them hanging himself in Perchtoldsdorf as portraits of Werner in a citizens' apartment - [...] belonged to the owner of the sanatorium. How they may have come from this possession to the name written on the receipt, I have not determined.*"

On October 30, 1945, Gertrude Felsövényi demanded the return of the two portraits from the Austrian Gallery by attorney Dr. Anton Leitner, because they were "*abducted Jewish property*". On 23 November 1945, the Austrian Gallery informed the State Office for Public Enlightenment, Education and Teaching that the portraits were "*owned by the Felsövényi family, as is known to the gallery's management*". In a memo record of a meeting with Bruno Grimschitz dated 19 January 1946, Karl Garzarolli noted that "*Christine Mörke*" was actually Anna Seitle, a "General Agent" of Gertrude Felsövényi, who "sold the pictures and kept the money for herself".

Subsequently, Gertrude Felsövényi filed an application under the Third Restitution Act. Already in a statement of 25 October 1947, she stated through her lawyer Dr. Alfons Klingsland that she had authorized and commissioned Anna Seitle "with the administration of my remaining property, to which these two pictures also belonged". Anna Seitle had pretended to help her, thus eliciting her power of attorney. She had declared that *"these pictures were to be sold by the company Wolfrum, Kunstverlag [...] on May 9, 1939. Three days later these pictures were sold to the [Österreichische] Galerie [...] by an unknown Mrs. Christine Mörke who had not been registered with the police."*

The State Financial Procurator's Office, on the other hand, referred to § 4 (1) of the Third Restitution Act, according to which an acquisition made in good faith from an authorized trader or for consideration from someone to whom the owner himself had entrusted her is contrary to restitution.

The Restitution Commission followed this argumentation and rejected the restitution claim by decision of 28 May 1952. In the decision, the Restitution Commission determined, among other things, that Gertrude Felsövényi was the undisputed owner of the two paintings and was one of the persons persecuted.

Furthermore: The evidence proceedings revealed that the two paintings in question had been at the disposal of the owner [Gertrude Felsövényi] of the St. Lucas Gallery since January 1939 and that they had been collected from there by the general representative of the owner [Anna Seitle] on the basis of the power of attorney of 21 April 1939, on 2 May 1939. [...]

Anna Seitle brought these pictures to company Wolfrum to sell them there. Since the head of the picture department, Komm.Rat Rudolf Wittig, was ill at the time, the head of the publishing department, Herbert Wolfrum, took over the two pictures and sent them to Komm.Rat Wittig for inspection. He announced that the pictures were not for private sale and that they should be shown to Prof. Grimschitz. In fact, the latter, then director of the Austrian Gallery, acquired these paintings a few days later for this collection and received an invoice for them from the Wolfrum company. [...]

The billing document for this purchase has no longer been received. [...]

The statements [...] establish that the two images were sold by Wolfrum for 5,400 RM [...].

But as can be seen from the file of the Austrian Gallery, a Christine Mörke appears in the documents as the seller, who confirmed a purchase price of 7,400 RM for the two pictures on 13 May 1939.

At least Dr. Grimschitz clarified the discrepancy understandably and under the duty of witnesses, namely by taking the invoice of the Wolfrum company for 5,400 RM and by placing a fictitious purchase confirmation for 5,400 RM, signed with the arbitrarily chosen name Christine Mörke, on file instead. This transaction was carried out in order to be able to transfer the difference of 2,000 RM to a black fund created by him, from which he received support from the ns. Stellen had denied the support of artists who were not supported.

After further findings, in particular on the purchase price and on the possible knowledge of the persons involved about the ownership structure of the portraits, the Restitution Commission came to the conclusion that *"proof has been furnished that the purchaser neither knew nor had to know that the [...] two Waldmüller pictures originated from former Jewish property"*. The Commission therefore considered that the requirements of para. 4 (1) Third Restitution Act had been fulfilled, which is why the restitution application had to be rejected.

The Advisory Council has considered this:

Pursuant to § 1 (1) Z 2 (or 2a) of the Art Restitution Act, objects owned by the Federation which were the subject of a legal transaction or a legal act pursuant to § 1 of the Invalidity Act 1946 (or which are comparable) may be transferred to the original owners or their legal successors upon death.

According to Article 1 of the Nullity Act 1946, "transactions and other legal acts against or free of charge during the German occupation of Austria shall be null and void if they were carried out in the course of its political or economic penetration by the German Reich in order to deprive natural or legal persons of property or property rights to which they were entitled on 13 March 1938".

The Advisory Council now has before it the file of the restitution proceedings, including the fully substantiated findings.

The reason for the restitution application was that the Restitution Commission considered the facts of § 4(1) of the Third Restitution Act to have been fulfilled.

§ 4 (1) of the Third Restitution Act reads as follows:

If movable property was acquired in a public auction or other than such property in the course of execution or bankruptcy proceedings or by a businessman authorised to carry out such transactions or for consideration by someone to whom the owner himself entrusted it for use, safekeeping or whatever other purpose, it shall only be deemed to have been seized within the meaning of § 1 (1) if the acquirer knew or ought to have known that it was seized property.

§ 1 (1) of the Third Restitution Act reads as follows:

The object of this Federal Act is property which, during the German occupation of Austria, whether arbitrarily or on the basis of laws or other orders, in particular also by legal transactions and other legal acts, was seized from the owner (entitled person) - hereinafter referred to as the owner - in connection with the National Socialist assumption of power.

Although the Advisory Council regularly bases its interpretation of the Art Restitution Act on the case law of the Restitution Commissions, in particular on the Third Restitution Act, it does not, however, have to apply this Act but the Art Restitution Act.

It is already stated in the explanatory notes to the Art Restitution Act, BGBl. I 181/1998, that the purpose of the Act is to create the basis for returning certain objects owned by the Federation to their original owners or their legal successors. According to the explanations, these objects include the following

among others also those which fall under the nullity law, but "were acquired in the post-war period in good faith [...] on the art market from authorized dealers" (RV, 1390 of the supplements, StenProt NR, XX. GP).

Since it thus follows from the explanations that the legislator did not want a good faith to stand in the way of acquisition in the post-war period, the Council sees all the less reason that a good faith of an acquirer during the Nazi period would be relevant in the sense of the Art Restitution Act. The Council therefore notes that it does not consider itself bound by the decision of the Restitution Commission with regard to the rejection of the restitution application, because the essential element for this decision is not to be taken into account here.

However, the Advisory Council also considers it to be proven on the basis of the findings that the paintings were the property of Gertrude Felsövényi, that they belonged to the circle of persecuted persons and that they were sold to the Austrian Gallery via Anna Seitle, who was authorized by her. As the Advisory Council regularly notes with reference to the case law of the Restitution

Commissions, it remains to be seen whether the intention to sell Gertrude Felsövényi had run out and whether she had received a reasonable price for it. It can therefore also be left open whether Anna Seitle misused the power of attorney in a manner relevant to criminal law. The sale of the two portraits by Gertrude Felsövényi through the authorized Anna Seitle is in any case to be regarded as a void legal transaction within the meaning of § 1 of the Invalidity Act 1946.

The Advisory Council therefore comes to the conclusion that the offence under § 1 (1) Z 2 of the Art Restitution Act has been committed.

Vienna, 12 April 2019 Univ.Prof. Dr. Dr.h.c. Clemens Jabloner

(Chairman)